

Einen Einfluß auf die Verbreitung des Fernseh-Rundfunks üben auch die Empfangsverhältnisse aus. Die Rundfunkanstalten sind deshalb bestrebt, sie durch Errichtung neuer Sender oder Umsetzer zu verbessern. Der Süddeutsche Rundfunk eröffnete am 3. Juli 1959 den Sender Waldenburg, der das Hohenloher Land, das Taubergebiet und einen Teil des Baulandes mit Sendungen versorgen wird. Ein weiterer Sender wird augenblicklich in Heidelberg gebaut. Seit Dezember 1959 arbeitet ein Umsetzer in Ulm. Hier konnte seither nur das Programm des Bayerischen Senders Grünten empfangen werden. In der Zeit vom 1. April 1959 bis zum 31. März 1960 wurden ferner folgende Kleinumsetzer in Betrieb genommen: Heidenheim und Oberkochen (Süddeutscher Rundfunk), Urach, Triberg, Lahr, Altensteig, Forbach, Neuenbürg, Bad Liebenzell und Schweizerhaus (Südwestfunk).

Im Vergleich mit anderen Bundesländern steht Baden-Württemberg im Hinblick auf die Verbreitung des Fernseh-Rundfunks an vierter Stelle. An der Spitze liegen die Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen. Mehr verbreitet ist der Fernseh-Rundfunk auch in Rheinland-Pfalz. Doch blieb die

Dichteiffer in Hessen und Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt. In Bayern und im Saarland ist der Fernseh-Rundfunk noch weniger verbreitet als in Baden-Württemberg.

Ton- und Fernseh-Rundfunkgenehmigungen in der Bundesrepublik am 1. April 1960

Land	Ton-Rundfunkgenehmigungen ¹⁾		Fernseh-Rundfunkgenehmigungen	
	Anzahl in 1000	auf 1000 Einwohner	Anzahl in 1000	auf 1000 Einwohner
Bundesgebiet	14 823	279	3 672	69
Darunter				
Nordrhein-Westfalen	4 409	282	1 565	100
Hessen	1 343	286	315	67
Rheinland-Pfalz	863	256	177	53
Baden-Württemberg ..	2 081	275	338	45
Bayern	2 556	273	409	44
Saarland	261	246	42	40

¹⁾ Einschließlich Ton-Rundfunkgenehmigungen für Kraftfahrzeuge.

Quelle: Monatliche Bezirksstatistik, herausgegeben vom Posttechnischen Zentralamt.

Ruth Paulus

Die kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1958

Gesamtüberblick

Die Entwicklung der kommunalen Finanzen in Baden-Württemberg seit der Geldneuordnung im Jahre 1948 ist gekennzeichnet durch eine ständige Ausweitung des Ausgabevolumens der kommunalen Haushalte. Vom Rechnungsjahr 1950, dem ersten voll vergleichbaren Jahr nach der Währungsumstellung, bis 1958 haben sich die Gesamthaushalte fast verdreifacht. Die jährlichen Zuwachsraten in diesem Zeitraum sind jedoch recht unterschiedlich; sie stehen, von der Einnahmeseite her gesehen, in engem Zusammenhang mit dem Steueraufkommen und vor allem mit den Schuldauflagen, die ihren Niederschlag meistens in einer lebhaften Investitionstätigkeit finden und somit zu einer Ausdehnung des Finanzvolumens führen. Auf diese Weise erklärt sich auch der starke Zuwachs der Ausgaben im Rechnungsjahr 1955 in Höhe von 365,7 Mill. DM, der höchste seit der Währungsumstellung; denn im Laufe dieses Rechnungsjahres, in dem der Kreditmarkt sehr flüssig war, wurden sehr hohe Schuldbeträge aufgenommen (373 Mill. DM), die vor allem eine Erhöhung der Bauinvestitionen um 106 Mill. DM und der Darlehensgewährungen um 65 Mill. DM zur Folge hatten. Die starke Ausdehnung der kommunalen Ausgaben im Rechnungsjahr 1952 um 265 Mill. DM ist hingegen vor allem auf die hohen Steuereinnahmen, und zwar vorwiegend aus der Gewerbesteuer (erhebliche Nachzahlungen aus den Veranlagungen 1949 und 1950), zurückzuführen. Im Rechnungsjahr 1958 ist die Zuwachsrate der kommunalen Ausgaben mit 169,5 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr verhältnismäßig gering gewesen; dies erklärt sich daraus, daß die im Laufe dieses Rechnungsjahres aufgenommenen Schulden um 83 Mill. DM niedriger waren als im Vorjahr.

Setzt man das Jahr 1950 als Ausgangsjahr = 100 und vergleicht die Entwicklung der kommunalen Ausgaben des Landes Baden-Württemberg mit der im gesamten Bundesgebiet, so stellt man fest, daß die gemeindlichen Haushaltvolumen des Landes denen des Bundesgebiets in allen Jahren stets vorausseilen und daß die Anteile der kommunalen Landesausgaben an den entsprechenden Ausgaben des Bundesgebiets ebenfalls in allen Jahren höher sind als die jeweiligen Bevölkerungsanteile.

Die finanzwirtschaftliche Situation einer Gemeinde ist am besten daran zu erkennen, inwieweit mit den zur Verfügung stehenden Einnahmen nach Deckung der vermögensunwirksamen Ausgaben noch Mittel für vermögenswirksame Ausgaben bereit stehen, wie groß also noch der finanzielle Spielraum für Sach- und Finanzinvestitionen ist. Für die Gesamt-

heit der kommunalen Gebietskörperschaften entfallen im Rechnungsjahr 1958 auf die Verwaltungs- und Zweckausgaben (vermögensunwirksame Ausgaben) 55,8 vH (1957 = 56,7 vH) und auf die Ausgaben der Vermögensbewegung 44,2 vH (1957 = 43,3 vH) der Gesamtausgaben. Das Verhältnis dieser beiden Ausgabegruppen hat sich also im Rechnungsjahr 1958 etwas zugunsten der vermögenswirksamen Ausgaben verschoben.

Tabelle 1

Die Entwicklung der kommunalen Finanzen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Rechnungsjahr	Baden-Württemberg			Bundesgebiet ²⁾		Anteil des Landes Baden-Württemberg an	
	Gesamtausgaben ¹⁾	Zunahme gegenüb. d. Vorj.	Meßziffer 1950 = 100	Gesamtausgaben ¹⁾	Meßziffer 1950 = 100	den Ausgaben	der Bevölkerung
	Mill. DM			Mill. DM		des Bundesgebiets ²⁾	
	1	2	3	4	5	6	7
1948	680,7	.	.	4 118,0	.	.	.
1949	960,9	.	.	6 174,9	.	.	.
1950	1 099,7	138,8	100	6 987,9	100	15,7	14,1
1951	1 304,3	204,6	118,6	8 080,1	115,6	16,1	14,3
1952	1 569,4	265,1	142,7	9 086,1	130,0	17,2	14,4
1953	1 765,4	196,0	160,5	10 309,0	147,5	17,1	14,5
1954	1 995,6	230,2	181,4	11 698,6	167,4	17,0	14,7
1955	2 361,3	365,7	214,7	13 336,9	190,8	17,7	14,9
1956	2 568,2	206,9	233,5	15 001,1	214,6	17,1	15,0
1957	2 795,9	227,7	254,2	16 321,6	233,5	17,1	15,1
1958	2 965,4	169,5	269,6	17 755,4	254,0	16,7	15,1
1948 bis 1958	20 066,8	.	.	118 869,6	.	16,8	.

¹⁾ Von Doppelzählungen bereinigte Ausgaben (Bruttoausgaben abzüglich Erstattungen und Zuweisungen (Darlehen) von anderen Gebietskörperschaften gleicher Art. — ²⁾ Ohne Hamburg und Bremen.

Persönliche Ausgaben

Von den vermögensunwirksamen Ausgaben ist der Personalaufwand die finanziell am stärksten ins Gewicht fallende Ausgabeart. Die kommunalen Gebietskörperschaften haben hierfür im Rechnungsjahr 1958 insgesamt 698,7 Mill. DM aufgewendet, das sind 62,8 Mill. DM = 9,8 vH mehr als im Vorjahr. Der Anteil an den Gesamtausgaben¹⁾ beträgt 23,6 vH und ist gegenüber 1957 (22,8 vH) etwas höher, weil die persönlichen Ausgaben stärker gestiegen sind (9,8 vH) als die Gesamtausgaben (6,1 vH).

Der Personalaufwand der kommunalen Gebietskörperschaften ist, wie nachstehende Übersicht zeigt, seit dem Rechnungs-

¹⁾ Bereinigte Ausgaben.

jahr 1950 auf mehr als das Doppelte gestiegen (Beträge in Mill. DM):

1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
300,7	341,8	387,8	442,0	473,4	512,3	574,5	636,0	698,7
<i>Zunahme</i>	41,1	46,0	54,2	31,4	38,9	62,2	61,5	62,8

Die Zunahme im Rechnungsjahr 1958, etwa gleich hoch wie in den beiden vorangegangenen Jahren, entstand nicht so sehr bei dem sogenannten Verwaltungspersonal, sondern mehr bei den Verwaltungszweigen, deren Leistungen für die Allgemeinheit unmittelbar von Nutzen sind. So haben sich z. B. die persönlichen Ausgaben für das Krankenhauspersonal um 16,2, für die Bediensteten der öffentlichen Einrichtungen um 9,9, für das Personal der Bau- und Straßenverwaltung um 7,7 und für die Polizei um 5,6 Mill. DM erhöht. Inwieweit die Steigerung des Personalaufwandes auf tarifliche Verbesserungen und Stellenerhebungen einerseits und auf Personalvermehrungen andererseits zurückzuführen ist, läßt sich nicht eindeutig feststellen, da seit mehreren Jahren keine Personalstandsstatistik mehr durchgeführt worden ist, doch kann angenommen werden, daß durch die Ausweitung bestehender und durch die Übernahme neuer Aufgabengebiete die Einstellung von weiteren Personalkräften erforderlich war. Bemerkenswert ist, daß der Personalaufwand der Stadtkreise, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung, mit 172 DM fast um das Eineinhalbfache höher ist als der der kreisangehörigen Gemeinden und Landkreise zusammen (70 DM).

Übrige Verwaltungs- und Zweckausgaben

Von den übrigen vermögensunwirksamen Ausgaben sind zu nennen die „Unterhaltung und Instandsetzung des unbeweglichen Vermögens“, die Zinsen, die Fürsorgeleistungen, die Bewirtschaftungskosten, die sächlichen Ausgaben sowie die Zuweisungen an die Nichtgebietskörperschaften, zum Beispiel an die Zweckverbände, für die mittelbare Erfüllung von gemeindlichen Aufgaben. Vor allem sind es die Leistungen im Rahmen der Fürsorge und Jugendhilfe, die hier mit 255 Mill. DM ein bedeutendes Gewicht haben. Da diese nach den gesetzlichen Bestimmungen von anderen Gebietskörperschaften, und zwar vom Bund und Land, teilweise ersetzt werden, sind die kommunalen Gebietskörperschaften nur zu einem Teil mit diesen Ausgaben belastet. Nicht unerheblich sind die gesamten sächlichen Ausgaben sowie die Bewirtschaftungskosten, die insbesondere bei den gemeindlichen Einrichtungen des Einzelplanes 7 (Straßenbeleuchtung, Straßenreinigung, Müllabfuhr usw.) mit 103 Mill. DM, bei den Krankenhäusern mit 84,3 Mill. DM und bei den Schulen mit 50,9 Mill. DM von Bedeutung sind.

Die Ausgaben für den Zinsendienst haben sich in den letzten Jahren infolge der zunehmenden Ausweitung der Schuldenaufnahme ständig erhöht und beliefen sich im Rechnungsjahr 1958 auf 63,6 Mill. DM, das sind 7,1 Mill. DM mehr als im Vorjahr.

Für die Unterhaltung und Instandsetzung des unbeweglichen Vermögens haben die kommunalen Gebietskörperschaften insgesamt 118,6 Mill. DM ausgegeben. Hiervon betraf mehr als die Hälfte (61,9 Mill. DM) die Unterhaltung von Straßen, Wegen und Brücken. An zweiter Stelle folgen die öffentlichen Einrichtungen mit 24,1 Mill. DM. Für die Schulen wurden 13,4 Mill. DM und für die Krankenhäuser 6,8 Mill. DM aufgewendet. Im Rahmen der Gesamthaushalte fallen diese Ausgaben nicht so sehr ins Gewicht, denn sie machen nur etwa 4 vH der Gesamtausgaben aus.

Bei den Zuweisungen an das Land in Höhe von 153 Mill. DM handelt es sich in der Hauptsache um die Lehrerstellenbeiträge, die die kommunalen Gebietskörperschaften für die Besoldung der Lehrer an Volks-, Mittel-, Höheren und Berufsbildenden Schulen an den Staat zu zahlen haben. Auf diese Lehrerstellenbeiträge entfallen im Rechnungsjahr 1958 = 133,7 Mill. DM, das sind rund 90 vH der gesamten Zuweisungsausgaben. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr

(– 15 Mill. DM) hängt mit der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes zusammen, wonach vom Rechnungsjahr 1958 ab die Lehrerstellenbeiträge gesenkt wurden.

Ausgaben der Vermögensbewegung

Wie bereits oben erwähnt, entfallen im Rechnungsjahr 1958 von den gesamten kommunalen Haushaltsausgaben rund 44 vH auf vermögenswirksame Aufwendungen. Das Schwergewicht liegt hier bei den Ausgaben für die *Bauinvestitionen*. Die Beseitigung der Kriegszerstörungen, der Wiederaufbau kommunaler Einrichtungen, die Eingliederung des Flüchtlingsstromes in das gemeindliche Leben, die Anpassung des Straßennetzes an den sich ständig ausdehnenden Verkehr und so manches andere dringende Problem waren Aufgaben, welche die Gemeinden in der Nachkriegszeit zu bewältigen hatten. In Erfüllung dieser Aufgaben, die auf die Gemeinden mit großer Dringlichkeit zukamen, haben die kommunalen Gebietskörperschaften von Jahr zu Jahr immer mehr Mittel aufwenden müssen, um den an sie gestellten Anforderungen auf allen Gebieten möglichst rasch gerecht zu werden.

Im Zuge dieser finanziellen Anstrengungen haben die Gemeinden seit der Währungsumstellung bis zum Ende des Rechnungsjahres 1958 für Bauinvestitionen insgesamt 4815,6 Mill. DM ausgegeben.

Rechnungsjahr	Bauinvestitionen Mill. DM	Anteil an den Gesamtausgaben in vH	Veränd. gegen- über dem Vorjahr Mill. DM
1948	74,6	12,1	.
1949	136,9	13,4	.
1950	191,0	16,7	54,1
1951	332,8	24,5	141,8
1952	409,8	25,2	77,0
1953	454,9	24,8	45,1
1954	510,8	24,7	55,9
1955	616,8	25,3	106,0
1956	680,0	25,5	63,2
1957	673,4	23,2	– 6,6
1958	749,5	24,3	76,1
1948 bis 1958 ...	4 830,5	.	.

Von dem Gesamtbetrag in Höhe von rund 4,8 Mrd. DM sind verwendet worden für

	Mill. DM	in vH
die öffentlichen Einrichtungen	1 062	22,0
den Straßenbau	979	20,3
den Schulbau	931	19,3
den Wohnungsbau	402	8,3
das Gesundheitswesen (Krankenhäuser)	394	8,2

Vom Rechnungsjahr 1951 ab machen die jährlichen Aufwendungen für die Bauinvestitionen fast durchweg rund ein Viertel des Haushaltsvolumens aus. Von dem Gesamtbetrag von 749,5 Mill. DM im Rechnungsjahr 1958 entfallen rund 80 vH auf die Verwaltungszweige *Bau- und Wohnungswesen* (223,5 Mill. DM, davon allein 174 Mill. DM auf das *Straßenwesen*), *öffentliche Einrichtungen* (209,7 Mill. DM) und *Schulen* (135,3, davon 77 Mill. DM auf die Volksschulen). Für das Gesundheitswesen, vor allem für den Krankenhausbau, wurden 64,1 Mill. DM aufgewendet. Eine gegenüber dem Vorjahr stärkere Investitionstätigkeit ist in der Hauptsache beim *Straßenwesen* (+ 31 Mill. DM), bei den kommunalen *Einrichtungen* (+ 18 Mill. DM) und beim *Schulbau* (+ 12 Mill. DM) eingetreten.

Gewährung von Darlehen

In gewissem Sinne sind auch die für die Gewährung von Darlehen ausgegebenen Beträge den Investitionen zuzurechnen; denn es sind meist weitergegebene Darlehen, die zur Finanzierung von Investitionen bestimmt sind. Nachdem die Darlehensgewährung im Rechnungsjahr 1957 mit einem Gesamtbetrag von 193,2 Mill. DM ein bisher noch nie erreichtes Ausmaß angenommen hatte, ist der Betrag im Rechnungsjahr 1958 um 75 Mill. DM auf 118,2 Mill. DM zurückgegangen, und zwar betrifft dieser Rückgang ausschließlich die Darlehensgewährung an die wirtschaftlichen Unternehmen. Während im

Tabelle 2 Die Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Rechnungsjahren 1957 und 1958
(in 1000 DM)

Ausgaben / Einnahmen	Rechnungsjahr 1957					Rechnungsjahr 1958				
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt ¹⁾	Stadt-kreise	Kreisangehörige Gemeinden mit		Land-kreise	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt ²⁾	Stadt-kreise	Kreisangehörige Gemeinden mit		Land-kreise
			10 000 und mehr Einwohn.	weniger als 10 000 Einwohn.				10 000 und mehr Einwohn.	weniger als 10 000 Einwohn.	
Persönliche Ausgaben	635 956	266 796	116 606	145 289	101 628	698 748	293 227	128 022	159 298	111 830
Unterhaltung und Instandsetzung von unbeweglichem Vermögen	111 338	25 556	17 853	50 907	16 716	118 565	29 185	20 515	50 065	18 460
Zinsen	56 568	23 492	12 444	15 147	5 473	63 641	26 698	13 783	16 951	6 022
Tilgung	88 620	36 804	16 236	29 290	6 291	137 063	56 222	31 922	38 028	10 871
Gewährung von Darlehen	193 250	145 000	35 120	10 971	1 974	118 209	84 250	22 083	9 868	1 567
Zuführung an Rücklagen und an Kapitalvermögen	117 238	27 439	38 381	36 892	12 706	147 281	43 988	39 347	45 112	16 472
Erwerb von Grundvermögen	77 050	24 487	22 324	23 431	2 834	91 804	41 361	18 032	28 329	4 065
Neu- u. Wiederaufbau, Erweiterungs- u. Umbauten, gr. Instandsetzungen	673 359	155 803	139 687	313 559	62 582	749 497	172 041	144 253	352 083	73 805
Neuanschaffung v. bewegl. Vermögen	61 877	19 841	11 650	23 045	7 302	67 878	21 047	13 470	24 283	9 030
Übrige Ausgaben	658 684	215 196	99 684	136 364	186 637	671 902	221 708	102 554	143 726	181 355
Zuweisungen an das Land	167 928	54 258	47 168	55 664	10 438	152 972	48 680	38 266	54 896	10 285
Zuweisungen an Gemeinden (Gv) ...	56 917	1 094	2 367	8 897	13 766	58 122	943	1 973	9 358	13 810
Bruttoausgaben	2 898 785	995 766	559 521	849 455	428 346	3 075 681	1 039 350	574 220	931 997	457 573
Erstattungen	35 846	28 230	5 762	1 201	653	41 242	31 861	6 790	1 429	1 162
Zuweisungen und Darlehen von Gemeinden (Gv)	67 058	10 189	11 958	10 431	19 156	69 050	7 827	13 645	11 398	19 976
Bereinigte Ausgaben	2 795 881	957 347	541 801	837 823	408 537	2 965 389	999 662	553 785	919 170	436 435
Zuweisungen und Darlehen vom Land (Bund)	327 728	87 447	38 878	71 970	113 086	321 798	84 815	36 233	83 509	99 293
Eigenausgaben	2 468 153	869 900	502 923	765 853	295 451	2 643 591	914 847	517 552	835 661	337 142
Spezielle Deckungsmittel										
Gebühren, Entgelte, Strafen	367 135	158 453	75 135	65 464	64 958	410 936	173 641	86 028	75 157	71 706
Schuldaufnahmen aus Kreditmarktmitteln	389 833	203 980	77 239	85 248	20 366	307 267	115 600	74 497	96 993	20 177
Übrige ¹⁾	359 852	125 172	67 902	102 892	51 984	432 872	163 503	82 857	114 723	58 813
Erstattungen	35 846	28 230	5 762	1 201	653	41 242	31 861	6 790	1 429	1 162
Zusammen	1 080 974	459 375	214 514	252 402	136 655	1 109 833	420 883	236 592	285 444	149 534
Zuschußbedarf (o. R. und ao. R.) ...	1 387 179	410 525	288 409	513 451	158 796	1 533 758	493 963	280 960	550 218	187 608
davon										
Zuschußbedarf der o. R.	1 445 401	449 965	296 435	518 788	164 664	1 545 477	496 836	289 156	551 736	188 703
Mehreinnahmen der ao. R.	58 222	39 440	8 026	5 336	5 868	11 718	2 873	8 196	1 518	1 095
Mehrausgaben der ao. R.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Allgemeine Deckungsmittel										
Steuern	1 015 825	371 044	278 304	351 080	15 397	1 086 912	405 014	287 936	377 347	16 615
Steuererhöhlte Einnahmen	8 366	469	973	6 917	6	10 015	474	922	8 618	—
Allgem. Finanzzuweisungen	310 006	64 254	40 165	146 829	58 758	349 221	70 263	38 665	173 793	66 501
Umlage-Einnahmen	134 027	17	99	39	115 240	157 107	222	69	60	134 792
Umlage-Ausgaben	145 529	10 080	42 478	73 985	18 956	171 576	11 624	48 330	86 983	24 637
Erwerbsvermögen	170 165	45 839	24 865	98 577	871	152 586	36 672	22 798	92 500	592
Zusammen	1 492 860	471 543	301 928	529 457	171 316	1 584 265	501 021	302 060	565 335	193 863
Mehr-Einnahmen	105 681	61 018	13 519	16 006	12 520	50 507	7 058	21 100	15 117	6 255
Mehr-Ausgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rücklagen für den Gesamthaushalt										
Entnahmen	10 788	6 371	1 459	2 154	328	9 555	4 921	1 401	1 981	456
Zuführungen	24 139	12 847	4 052	4 492	2 638	19 455	9 177	3 367	4 597	1 876
Saldo	13 351	6 476	2 593	2 338	2 310	9 900	4 256	1 966	2 616	1 420
Abschluß der o. und ao. Rechnung										
Mehreinnahmen	92 330	54 542	10 926	13 668	10 210	40 607	2 802	19 134	12 501	4 835
Mehrausgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Abschluß der ordentlichen Rechnung										
Mehreinnahmen	34 108	15 102	2 900	8 332	4 342	28 889	—	10 939	10 983	3 740
Mehrausgaben	—	—	—	—	—	—	71	—	—	—
Abschluß der außerordentl. Rechnung										
Mehreinnahmen	58 222	39 440	8 026	5 336	5 868	11 718	2 873	8 196	1 518	1 095
Mehrausgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Rückflüsse von Darlehen, Entnahmen aus Rücklagen und aus Kapitalvermögen, Erlöse aus Veräußerung von Grund- und Sachvermögen, übrige Einnahmen. — ²⁾ Einschließlich Bezirksverbände. — Abweichung in der Summenbildung durch Runden der Zahlen.

Vorjahr diesen Betrieben insgesamt 166 Mill. DM Darlehen gegeben wurden, sind es im Rechnungsjahr 1958 nur noch 95 Mill. DM gewesen. Dies hängt zweifellos damit zusammen, daß die Gemeinden im Rechnungsjahr 1958 rund 83 Mill. DM weniger Schulden aufgenommen haben als im Vorjahr. Von dem Gesamtbetrag in Höhe von 118,2 Mill. DM entfallen

allein auf die Stadtkreise 84,2 Mill. DM (71 vH), die vornehmlich den städtischen Versorgungs- und Verkehrsbetrieben zugute kamen und insbesondere dem weiteren Ausbau dieser Unternehmen dienten. Für die Förderung des Wohnungsbaus wurden rund 15 Mill. DM Darlehen, vor allem an Wohnungsgesellschaften, Private usw. gegeben.

Schuldentilgung

Infolge der von Jahr zu Jahr ständig zunehmenden Verschuldung, sie betrug am 31. März 1957 = 1408 Mill. DM, am 31. März 1958 = 1725 und am Ende des Rechnungsjahres 1958 = 1885 Mill. DM, haben auch die *Tilgungsleistungen* von Jahr zu Jahr zugenommen. Mit 137,1 Mill. DM waren sie im Rechnungsjahr 1958 um 48 Mill. DM höher als im Vorjahr. Die höchsten Beträge fallen beim Schulwesen, beim Wohnungs- und Straßenwesen, bei den Krankenhäusern und bei den kommunalen Einrichtungen an. Die hohe Schuldentilgung hängt auch damit zusammen, daß die Gemeinden in verstärktem Maße daran gehen, die insbesondere im Rechnungsjahr 1956 aufgenommenen „teuren“ Darlehen abzustößen, um auf diese Weise von der hohen Zinslast herunterzukommen. Dies geht auch daraus hervor, daß die zusätzlichen (außerordentlichen) Tilgungsleistungen von 12 Mill. DM im Rechnungsjahr 1957 auf 41 Mill. DM im Rechnungsjahr 1958 gestiegen sind.

Von den übrigen Ausgaben der Vermögensbewegung haben die *Zuführungen an Rücklagen* von 117,2 auf 147,3 Mill. DM und die *Neuanschaffungen von beweglichem Vermögen* von 61,9 auf 67,9 Mill. DM zugenommen. Rücklagen werden zu meist gebildet für Aufgaben, für die dauernd ein höherer Investitionsbedarf erforderlich ist, wie für den Wohnungs- und Straßenbau, Schulbau, öffentliche Einrichtungen und Krankenhäuser. Außer den 147,3 Mill. DM wurden noch 19,5 Mill. DM den Rücklagen für den Gesamthaushalt, also vor allem der Ausgleichsrücklage und der Betriebsmittelrücklage, zugeführt. Im Vorjahr waren es 24,1 Mill. DM.

Eigenausgaben

Die Eigenausgaben sind der Teil des Finanzbedarfs, der durch eigene Mittel der Gebietskörperschaften gedeckt werden muß, und zwar im wesentlichen durch spezielle und allgemeine Deckungsmittel. Man gewinnt die Eigenausgaben, indem man die Erstattungen zwischen den einzelnen Verwaltungszweigen sowie die Zuweisungen und Darlehen von Gemeinden (Gv), vom Bund und vom Land von den Bruttoausgaben absetzt. Die Eigenausgaben beliefen sich im Rechnungsjahr 1958 auf 2643,6 Mill. DM und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 175,4 Mill. DM (7,1 vH) erhöht.

Spezielle Deckungsmittel

Da die Schuldaufnahmen einen der wichtigsten Bestandteile der speziellen Deckungsmittel darstellen, wird ihre Entwicklung sehr stark von den jeweiligen Kreditaufnahmen abhängig sein. Da im Rechnungsjahr 1958 insgesamt 83 Mill. DM weniger Schulden aufgenommen wurden als im Vorjahr, sind die speziellen Deckungsmittel, obwohl sich die übrigen Einnahmearten verhältnismäßig stark erhöhten, nur um rund 29 Mill. DM auf 1109,8 Mill. DM gestiegen. Damit wurden rund 42 vH der Eigenausgaben gedeckt. Die bedeutendsten speziellen Deckungsmittel des ordentlichen Haushalts sind die *Gebühren*; sie betrugen im Rechnungsjahr 1958 insgesamt 410,9 Mill. DM und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 43,8 Mill. DM erhöht. Die Gebühren fallen in der Hauptsache beim Verwaltungszweig „Gesundheitswesen“, besonders bei den Krankenhäusern an sowie beim Verwaltungszweig 7, dem sogenannten Gebührenhaushalt. Rund drei Viertel sämtlicher Gebühreneinnahmen kamen im Rechnungsjahr 1958 auf diese beiden Einzelpläne. Die Erstattungen der Verpflegungskosten an die Krankenhäuser (157,5 Mill. DM) sowie die Einnahmen aus der Benutzung der öffentlichen Anstalten und Einrichtungen (141,5 Mill. DM) sind hier die größten Posten.

Wie bereits erwähnt, haben die Gemeinden (Gv) im Rechnungsjahr 1958 rund 83 Mill. DM weniger Schulden auf dem Kreditmarkt aufgenommen. Neben der Tatsache, daß sich zahlreiche Gemeinden bereits nahe an der oberen Verschuldungsgrenze befinden, mußten zunächst erst die im Rechnungsjahr 1957 aufgenommenen, aber noch nicht verbrauchten Darlehensbeträge verwendet werden; denn nach dem Abschluß der außerordentlichen Rechnung des Jahres 1957 waren am Ende des Jahres noch rund 60 Mill. DM nicht verbrauchte

Mittel vorhanden, weil einzelne Bauvorhaben im Rechnungsjahr 1957 noch nicht abgeschlossen werden konnten. Aus diesem Grunde wurde der Kapitalmarkt von den kommunalen Gebietskörperschaften im Rechnungsjahr 1958 nicht so stark in Anspruch genommen wie im Vorjahr.

Die übrigen speziellen Deckungsmittel wie Entnahmen aus Rücklagen (118 Mill. DM), Rückflüsse von Darlehen (37,3 Mill. DM) sowie Erlöse aus Veräußerungen (57,8 Mill. DM) spielen demgegenüber nur eine relativ untergeordnete Rolle.

Allgemeine Deckungsmittel

Der Teil der Eigenausgaben, der nach Abzug der speziellen Deckungsmittel übrig bleibt, ist der Zuschußbedarf, der nur für die ordentliche Rechnung festgestellt wird, und der durch die allgemeinen Deckungsmittel gedeckt werden muß. Diese im wesentlichen aus Steuern, allgemeinen Finanzaufwendungen, Umlagen und Erträgen aus dem Erwerbsvermögen sich zusammensetzenden Einnahmen ergaben unter Berücksichtigung der Umlageausgaben 1584,3 Mill. DM; sie sind gegenüber dem Vorjahr um 91,4 Mill. DM (6,1 vH) gestiegen. Haupteinnahmequelle der Gemeinden sind die *Steuereinnahmen*, auf die rund 70 vH der allgemeinen Deckungsmittel entfallen. Sie betrugen im Rechnungsjahr 1958 insgesamt 1096,9 Mill. DM² und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 72,7 Mill. DM erhöht. Die Zuwachsrate, die im Rechnungsjahr 1957 = 103,7 Mill. DM betrug, ist also geringer geworden. Bei einem Vergleich muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Steuereinnahmen im Rechnungsjahr 1958 wegen der verspäteten Veranlagung der Gewerbesteuer für 1956 verhältnismäßig niedrig waren. Im Rechnungsjahr 1959 wird, wie aus der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen bereits zu erkennen ist, dieser Rückgang wieder aufgeholt. Wie die *Gewerbesteuer*, die den Schwerpunkt der Steuereinnahmen bildet, sich in den letzten Jahren entwickelt hat, zeigt die nachstehende Übersicht:

Rechnungsjahr	Gewerbesteuer- aufkommen	Zunahme gegen- über dem Vorjahr	Anteil am Gesamt- steueraufkommen in vH
	Mill. DM		
1951	298,7		59,4
1952	402,0	103,3	65,5
1953	455,0	53,0	66,9
1954	520,9	65,9	68,6
1955	573,7	52,8	70,1
1956	660,6	86,9	72,4
1957	755,6	95,0	74,4
1958	809,2	53,6	74,4

Die Erhöhung der *Grundsteuer B* im Rechnungsjahr 1958 um rund 13 Mill. DM auf 145 Mill. DM beruht zum Teil darauf, daß im Laufe dieses Jahres verschiedene Gemeinden, insbesondere die größeren Städte, erhebliche Nachzahlungen vom Bund für die Besatzungswohnbauten erhalten haben, deren Besteuerung bisher ungeklärt war. Ein Urteil des Bundesfinanzhofs vom September 1958 hat nunmehr bestimmt, daß der Bund Eigentümer der aus Mitteln des alliierten Besatzungskosten-Auftragshaushalts errichteten Bauten ist und demnach die Verpflichtung hat, Grundsteuer für diese Wohngrundstücke zu zahlen. Die Grundsteuer A erbrachte insgesamt 68 Mill. DM Einnahmen gegenüber 66 Mill. DM im Vorjahr.

Die Gewerbesteuer hat im Zuge der Konjunktur in den letzten Jahren eine Ausweitung erfahren, die zur Folge hat, daß die Relation der beiden Realsteuern sich stark veränderte:

Steuerart	Aufkommen in den Rechnungsjahren			Anteil an der jeweiligen Gesamtsumme			Zunahme 1958 gegen- über 1950 in vH
	1937	1950	1958	1937	1950	1958	
	in Mill. DM			in vH			
Grundsteuer A	31,8	55,0	68,0	14,1	16,6	6,5	23,7
Grundsteuer B	69,8	104,2	145,0	30,8	31,5	14,0	39,1
Gewerbesteuer	124,5	171,9	809,2	55,1	51,9	79,5	372,0
Zusammen	226,1	331,1	1022,2	100	100	100	208,7

² Einschließlich steuerähnliche Einnahmen.

Während das Aufkommen der beiden Grundsteuern im Rechnungsjahr 1950, ähnlich wie vor dem Kriege, fast gleich hoch war wie das Gewerbesteueraufkommen, hat sich das Verhältnis dieser beiden Realsteuern in den letzten Jahren erheblich verschoben. Im Rechnungsjahr 1958 betrug der Anteil der Gewerbesteuer am Realsteueraufkommen rund vier Fünftel und drängte somit die Einnahmen aus den Grundsteuern auf ein Fünftel zurück. Neben der Tatsache, daß die Grundsteuererträge im Gegensatz zur Gewerbesteuer der Wirtschaftsentwicklung nicht gefolgt sind, weil noch die längst überholten Einheitswerte von 1935 fort gelten, sind es vor allem die großzügigen Steuerbefreiungen bzw. -vergünstigungen des sozialen Wohnungsbaues auf Grund des I. und II. Wohnungsbaugesetzes, die das starke Zurückbleiben des Grundsteueraufkommens verursachten. Nach den neuesten Berechnungen betrugen diese Grundsteuerausfälle in Baden-Württemberg in den Rechnungsjahren

1951 = 2,7 Mill. DM	1955 = 16,5 Mill. DM
1952 = 5,8 Mill. DM	1956 = 20,9 Mill. DM
1953 = 8,5 Mill. DM	1957 = 26,5 Mill. DM
1954 = 12,2 Mill. DM	1958 = 31,0 Mill. DM

Der Gesamtbetrag der Grundsteuerausfälle von 1951 bis 1958 in Höhe von 124,2 Mill. DM stellt einen nicht unwesentlichen mittelbaren finanziellen Beitrag der Gemeinden zum sozialen Wohnungsbau dar.

Von den übrigen Gemeindesteuern erbrachte die *Getränkesteuer* mit 8,6 Mill. DM und die *Kinosteuer* mit 17,3 Mill. DM etwas geringere Beträge als im Vorjahr. Das Aufkommen der *Hundesteuer* ist mit 6,7 Mill. DM gleich geblieben.

Finanzzuweisungen

Mit Wirkung vom 1. April 1958 ab sind die Bestimmungen des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes in Baden-Württemberg geändert worden, mit dem Ziel, besonders die kleinen Gemeinden stärker zu unterstützen und zu fördern. Dies geschah insbesondere durch die Einführung der Sockelgarantie und durch die Zuschläge zu den Kopfbeträgen bei der Berechnung der Bedarfsmeßzahl. Diese Verbesserung findet auch ihren Niederschlag in den finanzstatistischen Ergebnissen. Gegenüber dem Vorjahr sind an allgemeinen Finanzzuweisungen rund 40 Mill. DM mehr ausgeschüttet worden. In dem Gesamtbetrag von 349,9 Mill. DM sind enthalten 252 Mill. DM Schlüsselzuweisungen einschließlich Sockelgarantiebeträge, 28,9 Mill. DM zweckbestimmte Zuweisungen nach § 8 FAG, 31 Mill. DM Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock und 26,4 Mill. DM aus dem kommunalen Notstock. Erstmalig erscheinen auch im Rahmen der Finanzzuweisungen die vom Staat den Landkreisen voll überlassenen Gebühren nach § 63 Landkreisordnung in Höhe von 9,7 Mill. DM.

Bei einem Vergleich mit dem Vorjahr nach *Größenklassen* erkennt man, daß es – wie vom Gesetz beabsichtigt – gerade die kleinen Gemeinden sind, deren finanzielle Lage durch die Änderung des Finanzausgleichs sich erheblich verbessert hat; denn an Schlüsselzuweisungen erhielten die Gemeinden:

Größenklassen	Rechnungsjahr 1957	Rechnungsjahr 1958	mehr
	Mill. DM		
bis unter 1000 Einw. ...	26,6	41,8	+ 15,2
von 1000 bis unter 2000 Einw. ...	26,8	37,0	+ 10,2
„ 2000 „ „ 3000 „ ...	15,1	20,1	+ 5,0
„ 3000 „ „ 5000 „ ...	17,8	22,8	+ 5,0
„ 5000 „ „ 10000 „ ...	22,3	25,0	+ 2,7

Umlagen

Die Landkreise erheben zur Finanzierung ihres nicht gedeckten Finanzbedarfs von den kreisangehörigen Gemeinden eine Kreisumlage. Grundlage der Berechnung dieser Umlage sind die Steuerkraftsummen der einzelnen Gemeinden. Aus dieser Umlagepflicht erhielten die Landkreise im Rechnungsjahr 1958 insgesamt 134,8 Mill. DM. Der gegenüber dem Vorjahr um 19,6 Mill. DM höhere Betrag erklärt sich aus den höheren Steuerkraftsummen im Rechnungsjahr 1958. Die Umlage des Württembergischen Landesfürsorgeverbandes auf die nord- und südwestwürttembergischen Stadt- und Landkreise sowie die Umlage des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande auf die Kreise Hechingen und Sigmaringen beliefen sich im Rechnungsjahr 1958 auf rund 22 Mill. DM; sie haben sich gleichfalls wegen der höheren Steuerkraftsummen, die auch hier Berechnungsgrundlage sind, um 3,4 Mill. DM erhöht. Die nord- und südbadischen Stadt- und Landkreise entrichten die Umlage zu den Kosten der staatlichen Landesfürsorgeverbände an das Land.

Erwerbseinkünfte

Mit 152,6 Mill. DM blieben die Erträge aus dem Erwerbsvermögen im Rechnungsjahr 1958 um 17,6 Mill. DM hinter den Einnahmen des Vorjahres zurück. Der Rückgang ist vornehmlich bei den Stadtkreisen eingetreten, und zwar von 45,8 auf 36,7 Mill. DM. Von dem Gesamtbetrag entfielen 139,1 Mill. DM auf Überschüsse aus den wirtschaftlichen Unternehmen und 13,5 Mill. DM auf Erträge aus dem allgemeinen Kapital- und Grundvermögen. Durch die Erwerbseinkünfte wurde der Zuschußbedarf 1958 zu 9,8 vH gedeckt.

Gesamtabschluß

Stellt man den Bruttoausgaben die Gesamteinnahmen gegenüber, so ergeben sich für das Rechnungsjahr 1958 – unter Berücksichtigung des Saldos der Rücklagen für den Gesamthaushalt – Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 40,6 Mill. DM; davon entfallen 28,9 Mill. DM auf Überschüsse der ordentlichen Rechnung und 11,7 Mill. DM auf nicht verbrauchte Einnahmen der außerordentlichen Rechnung.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Entwicklung der kommunalen Finanzen in Baden-Württemberg im Rechnungsjahr 1958 durch einen geringeren Zuwachs des Ausgabevolumens gekennzeichnet ist, der einmal in einer schwächeren Steuerzuwachsrate, zum anderen in einer geringeren Schuldaufnahme begründet liegt.

Werner Krause

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik im 4. Rechnungsvierteljahr sowie im gesamten Rechnungsjahr 1959

Steuern, allgemeine Finanzzuweisungen und allgemeine Umlagen

Den Gemeinden und Gemeindeverbänden in Baden-Württemberg sind im 4. Rechnungsvierteljahr 1959 *Steuereinnahmen* von insgesamt 307,9 Mill. DM zugeflossen. Gegenüber dem vorangegangenen 3. Rechnungsvierteljahr 1959¹, in dem mit 345,4 Mill. DM die bisher höchsten Steuererträge zu verzeichnen waren, sind dies 37,5 Mill. DM (–10,9 vH) weniger, im

Vergleich zum 4. Rechnungsvierteljahr 1958² jedoch 18,7 Mill. DM (+ 6,5 vH) mehr. Diese Veränderungen werden fast ausschließlich durch die Entwicklung des *Gewerbesteueraufkommens* verursacht. Nachdem die Veranlagung des Kalenderjahres 1957 im Laufe des 3. Rechnungsvierteljahres nahezu abgeschlossen war, und sich in diesem Zeitraum die erheblichen Nachzahlungen in einem erhöhten Gewerbesteueraufkommen ausgewirkt haben (274,3 Mill. DM), sind die Ein-

¹ Vgl. „Statistische Monatshefte Baden-Württemberg“ 8. Jg. 1960 Heft 4 S. 104 ff.

² Vgl. „Statistische Monatshefte Baden-Württemberg“ 7. Jg. 1959 Heft 8/9 S. 247 ff.